

Dresdner Volkszeitung

Polstschmied: Reibig.
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dresden:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Nachsende M. 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 251.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 251.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Einzelanfragen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 1 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 37.

Dresden, Freitag den 14. Februar 1919.

30. Jahrg.

Kautsky oder Neurath?

Da die Sozialdemokratie jetzt die Mehrheit in der sächsischen Volksvertretung hat, so ist es selbstverständlich ihre Pflicht, alles zu tun, um so viel wie irgend möglich von ihren Zielen zu verwirklichen. In den beiden von uns gebrachten Artikeln von Dr. Neurath und in dem von Kranold aufgestellten sozialistischen Wirtschaftsplan wird nun gefordert, daß unverzüglich Maßnahmen zur Sozialisierung Sachsens getroffen werden. Mit Recht legen Neurath und Kranold den Schwerpunkt darauf, daß möglichst schnell eine planmäßige Organisation des Wirtschaftslebens geschaffen wird. Würde doch eine bloße Verringerung der Vermögens- und Einkommensverteilung allein den Volksmassen sehr wenig nützen, wenn nicht durch eine planmäßige Organisation des Wirtschaftslebens der Vergewaltigung von Gütern und Arbeitskräften, die die kapitalistische Gesellschaft treibt, ein Ende gemacht wird.

Bisher war in der Sozialdemokratie die Anschauung vorherrschend, daß eine umfassende Sozialisierung sich nur für ganz Deutschland nach einheitlichen Grundzügen durchführen ließe. Kranold hingegen erklärt es für selbstverständlich, daß die Sozialisierung ohne Schwierigkeiten auch im Rahmen eines Teilkönigreiches, wie der Republik Sachsen, mühselos durchführbar sei. Dortan kann kein Zweifel sein, daß einzelne sozialistische Maßnahmen in Sachsen möglich sind, die im Reich noch nicht durchgeführt werden. Auch wir wünschen selbstverständlich, daß Sachsen auf dem Wege zum Sozialismus in der ganzen Welt vorangehe. Aber fraglich ist es, ob eine alles umfassende Sozialisierung in einem verhältnismäßig kleinem Teilgebiet, wie Sachsen, vorgenommen werden kann. Es kommt zunächst in Frage, ob Sachsen die rechtlichen Handhaben besitzt, die zur Durchführung einer solchen umfassenden Sozialisierung notwendig sind. Sachsen hat als Glied des Deutschen Reiches kein unbeschränktes Gesetzgebungsrecht. Es ist an die Reichsgesetze gebunden, und die heute noch bestehenden Gesetze dürften vielfach der Durchführung der Sozialisierung sehr große Schwierigkeiten bereiten. So vor allem der § 1 der Gewerbeordnung, in dem es heißt:

Der Betrieb eines Gewerbes ist jedermann gestattet, soweit nicht durch dieses Gesetz Ausnahmen oder Beschränkungen angeordnet oder ausgeschlossen sind.

Durch ein sächsisches Gesetz könnte die durch diesen Paragraphen gewährte Gewerbefreiheit nicht aufgehoben werden. Solange dieser Paragraph besteht, dürfte es z. B. nicht möglich sein, in Sachsen eine umfassende Organisation der Güterverteilung zu schaffen, was an sich gewiß wünschenswert wäre, weil gerade im Handel heute eine viele Arbeitskräfte nutzlos verdrängende Zerplitterung herrscht. Es könnte nicht verneint werden, daß immer wieder neue Betriebe entstehen, zweifellos wird das Reich Gesetze erlassen, durch die die Sozialisierung gefördert wird. Ob aber die Einzelstaaten dadurch die Möglichkeiten bekommen, ungehindert alle Sozialisierungsmaßnahmen durchzuführen, die sie durchführen möchten, bleibt abzuwarten. Dann aber müßte erst noch genau geprüft werden, ob nicht doch auch andererseits sehr schwerwiegende wirtschaftliche Hindernisse der Durchführung der Sozialisierung in einem so kleinen Teilgebiet wie Sachsen entgegen stehen; z. B. wie weit durch die Abwanderung von Kapital Nachteile für die Volkswirtschaft Sachsens zu befürchten wären. Ferner mag hier darauf hingewiesen werden, daß auch von der Berliner Sozialisierungskommission die Textilindustrie, die gerade in Sachsen eine so große Rolle spielt, als am wenigsten für die Sozialisierung geeignet bezeichnet wurde.

Bisher ist ferner innerhalb der Sozialdemokratie überwiegend die Anschauung vertreten worden, daß die Sozialisierung nur allmählich und schrittweise durchgeführt werden könnte. So sagt z. B. Karl Kautsky in einem von ihm kürzlich veröffentlichten Aktionsprogramm:

„Aber gerade weil diese Aufgabe (die Durchführung der Sozialisierung) so wichtig und weitgehend ist, läßt sie sich nicht im Handwinken durchzuführen, sondern nur schrittweise und nach sorgfältiger Prüfung der Sachverhältnisse und Vorbereitung der neuen Ordnung.“

Neurath und Kranold aber fordern eine rasche Sozialisierung. Es muß unverzüglich das gesamte sächsische Wirtschaftsleben sozialisiert werden, sagt Kranold in der Einleitung seines sozialistischen Wirtschaftsplanes. Ob eine solche rasche Sozialisierung möglich ist, das ist aber eine Frage, die theoretisch auf dem Papier überhaupt nicht gelöst, sondern nur durch die Erfahrung beantwortet werden kann. Am Schluß seines Wirtschaftsplanes fordert Kranold, daß von dem von ihm vorgeschlagenen Zentralwirtschaftsamt 21 Gesetzentwürfe ausgearbeitet und der Volkskammer vorgelegt werden. Bei der Ausarbeitung dieser Gesetzentwürfe und vor allen Dingen bei ihrer Durchführung werden sehr schwere Aufgaben zu lösen sein. Die Schwierigkeiten und Probleme fangen hier erst an. Einzelne der von Kranold gestellten Forderungen werden sich sicher sehr leicht verwirklichen lassen. So ist z. B. möglich einzusetzen, welche Schwierigkeiten sich bei Übernahme aller sich bisher noch in Privathänden befindlichen Forsten durch Staat und Gemeinde ergeben könnten. Aber in anderen Fällen wird es zunächst doch sehr eingehender Untersuchungen der Verhältnisse bedürfen, die in den in Frage kommenden

Wirtschaftszweigen herrschen, ehe man mit irgendwelchen Eingriffen beginnen kann.

Die Verhältnisse sind in den verschiedenen Wirtschaftszweigen von einer zunächst unübersehbaren Mannigfaltigkeit, und nur, wenn wir bei der Sozialisierung sorgfältig die Besonderheiten in den einzelnen Wirtschaftsgebieten beachten und unsere Maßnahmen ihrer Eigenart anpassen, werden wir tatsächlich den Volksmassen einen Dienst leisten. Ob man bestimmte Betriebe am zweckmäßigsten dem Staat oder der Gemeinde überläßt, ob man gewerkschaftliche Unternehmungen schafft, gemeinnützigen Vereinigungen, wie den Konsumvereinen und Bauernvereinen, gewisse Aufgaben überläßt, ob man Zwangsindustrie errichtet, die einzelnen Unternehmungen in ihren Betrieben weitestgehende Selbständigkeit lassen und nur den Absatz der Produkte und den Rohstoffbezug in die Hand nehmen, oder ob man sämtliche Betriebe eines Wirtschaftszweiges zu einem in jeder Beziehung einheitlich geleiteten Gebilde verschmilzt, das sind Fragen, deren Beantwortung im einzelnen Falle sicher nicht leicht sein wird. Es müßte merkwürdig zugehen, wenn man gleich

überall auf den ersten Anhub das Richtige trüfe. Wahrscheinlich werden wir bei der Sozialisierung mancherlei Lehrgeld zahlen müssen. Hier heißt es eben: Probieren geht über Studieren. Schon deswegen wird es sich voraussichtlich als notwendig erweisen, schrittweise vorzugehen. Vielfach wird man, wenn man einen Schritt getan hat, erst die Erfahrungen, die man dabei macht, abwarten müssen, ehe man einen weiteren tun kann.

Verhängnisvoll wäre es freilich für die Sozialdemokratie, wenn wir uns durch derartige Erwägungen abhalten ließen, überhaupt an die Arbeit zu gehen. In welchem Tempo wir sozialisieren können, kann sich eben erst zeigen, wenn wir damit anfangen. Deswegen begrüßen wir die Auffassung des Kranoldschen Wirtschaftsplanes, und wir wünschen, daß die dort gemachten Vorschläge von der sächsischen Regierung eingehend erwogen werden. Notwendig ist es vor allem, daß in Sachsen eine aus geeigneten Sachverständigen bestehende Stelle geschaffen wird, um Sozialisierungsmaßnahmen vorzubereiten und entsprechende Gesetzentwürfe ausgearbeitet. Der Ueberzeugung sind auch wir, daß das deutsche Volk aus der Armut, in die es durch den Krieg gestürzt worden ist, nur herauskommen kann, wenn die Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft durch eine nach sozialistischen Grundzügen geordnete Volkswirtschaft ersetzt wird.

Die große Debatte.

Nachdem Präsident Ebert mit seiner Antrittsrede und in der Zusammenkunft mit den Pressevertretern bereits das Programm der Regierung umrissen hat, legte gestern in Weimar Ministerpräsident Scheidemann die Arbeitsgrundlage des republikanischen Kabinetts dar. Der Atem der Revolution weht aus dieser Rede, sie unterscheidet sich von den programmatischen Äußerungen früherer Reichstagsredner nicht nur durch ihre sozialdemokratische Weltanschauung, sondern auch durch den über das Parlament hinaus als Volk gerichteten Ton. Gleich blieben sich auch bei dieser Gelegenheit nur die Leute der Rechten, die bei Scheidemanns Wendungen gegen das frühere Regime lebhaft protestierten, und die Unabhängigen, die mit lebhaften Zwischenrufen quittierten, sobald Scheidemann die Demokratie als Grundlage des neuen Deutschland hervorhob. Die Rechten und die äußerste Linke im gleichen Maße das neue demokratische Deutschland vereint befehlend — es mutet an, als hätte die Revolution in diesen konterrevolutionären Köpfen auch nicht einen Funken höherer Einsicht entzündet.

Sozialpolitisch am wichtigsten waren in Scheidemanns Rede die Abschnitte über die Sozialisierung. Die Sozialdemokratie hat innerhalb der Regierungsmehrheit durchgesetzt, daß alle Betriebe, die einen privatrechtlichen Charakter tragen oder angenommen haben, in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden sollen, sei es als Vererb des Reiches, der einzelnen Freistaaten, der Gemeinden oder der Gemeindeverbände. Ausdrücklich sind die Bergwerke und die Erzeugung von Energie als solche Wirtschaftszweige genannt, die für die Sozialisierung in erster Reihe in Betracht kommen. Schon diese Mitteilung zeigt, daß die Sozialdemokratie, wenn sie aus parlamentarischen Gründen zum Zwecke der Mehrheitbildung mit bürgerlichen Gruppen zusammenarbeiten muß, nicht daran denkt, ihrem Programm das Rückgrat brechen zu lassen. Sie wird die vollendete Demokratie auf allen Gebieten schaffen und sie wird sozialisierend Schritt für Schritt vorwärtsgehen, was die einzige Methode der Sozialisierung ist, sofern sie nicht tieferes Leid, sondern steigenden Wohlstand erzeugen soll.

Die Programmverhandlungen der Mehrheitsparteien müßten natürlich mit einem Kompromiß enden und müßten auf Kompromisse hinauslaufen, solange die Sozialdemokratie nicht die Mehrheit hat. Aber dieses Kompromiß ist nur infolge einer Vereinbarung verschiedener Grundzüge, als zwischen Reich und Einzelstaaten ein Ausgleich geschätzt werden mußte und in wirtschaftlichen und Kulturfragen Mittelstellen zu geben waren. Im übrigen wird die Festigkeit, mit der Scheidemann das Programm vortrug, unserer Partei neue Sympathien gewinnen, denn es betonte nicht nur die sozialistischen Ziele der Staatseinheitlichkeit, sondern auch die demokratischen Grundrechte, deren Sicherung die Voraussetzung alles Sozialismus sind.

Aus Weimar wird uns folgendes Stimmungsbild der gestrigen Sitzung übermittelt:

Die große politische Debatte beginnt. Philipp Scheidemanns Rede ist der Auftakt der großen politischen Debatte. Scheidemanns Rede ist der Auftakt der großen politischen Debatte, die gegen einige Tage des Arbeitens in den Fraktionsberatungen vorgebracht worden sind. Es dauert nicht lange, da hat er die Zustimmung der Sozialdemokratie und den Widerspruch der Unabhängigen, der immer häufiger Form annimmt, als er ihnen nachhakt, daß sie belästigt mit der Erbilde gegen die Demokratie in die Reichsregierung eintraten, daß sie deshalb eine sozialdemokratische Politik nicht machen könnten.

Bei den Konservativen regte sich starker Widerspruch, als Scheidemann die alldeutschen Erwerbspolitiker samt Lubendorff für den Zusammenbruch und die Revolution verantwortlich machte. Ein kurzer Hinweis auf die Tatsache genügt, um den konservativen Widerspruch zu bannen. Knapp 1/4 Stunde hat Scheidemann gesprochen. Seine Rede, die mit starkem Beifall aufgenommen wurde,

war knapp gefaßt und zeigte doch klar die Richtlinie, nach denen die Zusammenbau und der Aufbau des neuen Deutschland vorgehen werden sollen.

Nach einer neugetroffenen Vereinbarung sprach nach ihm nicht der Vertreter der stärksten Partei, der Sozialdemokratie, sondern der Zentrumsgewaltigen Eröber. Er betonte scharf, daß das Zentrum gewillt wäre, mit den andern Parteien gemeinsame demokratische Politik zu machen, ohne daß es den Charakter und das Programm seiner Partei ändere. Obwohl Eröber scharfe Worte gegen die K. und S. Räte gebraucht und manche Bemerkung Widerspruch bei den Unabhängigen auslöste, verhielten sie sich stiller als bei Scheidemanns Rede. Sie zeigten, daß sie in erster Linie den Kampf gegen ihre Gegner von gestern führen. Nach Eröber sprach Friedrich Kaumann für die Demokraten. Kaumann hatte in kurzer Zeit das Ohr des ganzen Hauses. Seine Rede war ein Bekenntnis zur republikanischen Staatsform. In treffenden Worten stellte er sich auf den Boden des Völkervertrages, in dem es keine Vergewaltigung von Völkern geben darf. Den Schluß des Redens machte Staatssekretär Erzberger, der zunächst die Frage des Landesvertragesabkommens darlegte, um dann den Vorwurf der Unabhängigen, daß wir zu Unrecht die russischen Friedensbedingungen zurückhalten, treffend zu widerlegen. Damit fand die Sitzung ihren Abschluß. Die große politische Debatte geht weiter.

Scheidemanns Programmrede.

Weimar, 13. Februar. Die Nationalversammlung trat heute nach einstädtiger Pause zu einer Sitzung zusammen, um nach der Angeordnetung eine Erklärung der Regierung entgegenzunehmen. Bis zu 10 Uhr Abendstunden des Mittwoch hinein hatten die Verhandlungen über die Kabinettsbildung gedauert, ohne zu einem Abschluß zu führen. Erst in den Vormittagsstunden des Donnerstag fiel die Entscheidung. Die neuen Mitglieder der Reichsregierung konnten in der heutigen Sitzung schon ihre Plätze auf den Ministerstühlen einnehmen.

Zu Beginn der Sitzung teilte der Vizepräsident Gaußmann mit, was eingewählten Stellen seit Tagen bekannt war, daß der Präsident Dr. Paul Lohmann seine Amt niederlege. Nach der Verlesung eines weiteren Schlußbeschlusses, wonach auch der Reichspräsident Ebert sein Amt als Mitglied der Nationalversammlung niederlege, betrat der

Präsident des Reichsministeriums, Scheidemann

die Ministertribüne, und gab der Versammlung Kenntnis von der Bildung des Ministeriums. Er trug in seiner sicheren markanten Art dem aufmerksamen Hause das Programm der Regierung dar und führte dann aus:

Meine Damen und Herren! Das erste Wort der ersten verantwortlichen Regierung der deutschen Republik muß ein

Bekennnis zu dem Gedanken der Volksherrschaft

sein, den diese Versammlung vertritt. Aus der Revolution geboren, ist es ihr Beruf, das geistige Gut der Revolution vor Verfall zu bewahren und zum dauernden Besitz des gesamten deutschen Volkes zu machen. (Beifall.) In gerechter freier Wahl, bei der es keinen Unterschied gab des Ranges, des Besitzes und Geschlechtes, hat das Volk die zu seinen Vertretern bestellt. Durch sie wird es sich seine Gesetze geben, denen unerbittlichen Gehorsam zu leisten unser aller Pflicht ist. (Beifall.)

Lassen Sie sich alle von der Größe dieser Vorstellung durchdringen, auf daß sie Souveränität des deutschen Volkes, die der 9. November verkündet hat, radikalisiert ist, wie ein Felsen von Erz. (Beifall.) Die erste Handlung der Revolution ist abgesehen. Es trägt ihre Verantwortung vor Volk und Geschichte. Sie hat Ihre Aufgabe auch nicht anders aufgefaßt als so, daß sie das ihr zugewiesene Amt zu treuen Händen zu verwahren habe bis zu dem Augenblick, in dem das Volk selber in geordneter Abstimmung über die fernere Gestaltung seiner Geschicke entscheiden könnte. Darum hat diese Regierung schon in ihrer ersten programmatischen Erklärung am 9. November die Wahl dieser Nationalversammlung angekündigt und die Verantwortlichkeit dazugegen übernommen. Dies ist der Teil ihres Amtes, auf den sie glaubt, mit ruhiger Befriedigung zurückblicken zu können. Wir müssen nicht, wie ich schon sagte, welche schwere Aufgabe uns noch bevorsteht, aber ich glaube, die Besorgnis wegen zu dürfen, daß